

Gesten der Beschwörung

Von Versuchen, den räuberischen Kapitalismus zu zähmen

Wenn es darum geht, das Interface der globalen Gesellschaft anzuschreiben, sieht sich der Beobachter gegenwärtig mit den unterschiedlichsten Metaphern oder Deutungsversuchen konfrontiert: von Informations-, Kommunikations- oder virtueller Gesellschaft redet, wer Vernetzung und Adressabilität, hybride Sozialbeziehungen und Echtzeittransfers zum Maßstab seiner Überlegungen macht; von Erlebnis-, Fun- oder Spaßgesellschaft dagegen, wer lieber auf die postmoderne Pop-, Körper- und Medienkultur abzielt, auf Individualisierung und Lifestyle, Lebensstile und Bastelbiographien, Konsum- und Freizeitgewohnheiten oder andere individuelle Vergnügungen. Kommen die neuen Tele-Technologien hinzu, verdunkelt sich der Erwartungshorizont im allgemeinen, am Horizont taucht dann Big Brother auf, die Furcht vor einer universellen Beobachtungs-, Überwachungs- und Kontrollgesellschaft. Geht es hingegen um die moralische Vision künftiger Demokratie, fällt meist das hoffnungsfrohe Wort der globalen Verantwortungs- oder Bürgergesellschaft, die sich, so die visionäre Hoffnung der Verfechter, irgendwann mal in eine zivilisierte und anständige verzweigt.

Es gibt nichts Gutes; es sei denn, man tut es
(Altes Sprichwort)

Begriffsschleifungen

Von „Wirtschaftsgesellschaft“ sprach bislang noch keiner. Die Vermutung, daß es sich um eine Anästhetisierung des „neuen Kapitalismus“ handelt, liegt nahe. Besonders die Sprache der Banker der Alfred Herrhausen Gesellschaft schien vor Wochen das zu bestätigen. Auf ihrer Tagung über den „Kapitalismus im 21. Jahrhundert“ in Berlin, der neuen Kapitale Alteuropas, redeten sie nämlich Klartext. Beschränkte sich Jürgen Schrempp, Vorstandsvorsitzender der DaimlerChrysler AG noch darauf, die Globalisierung der Finanz- und Kapitalmärkte nur als „Katalysator für mehr Effizienz“ zu loben, nahm sein amerikanischer Partner und Kollege Robert J. Eaton kein Blatt vor den Mund. Er deutete den weltweiten Kapitalismus als weitere Variante der „Extensionen des Menschen“ (McLuhan). Der Erfolg des Kapitalismus sei deshalb so schlagend, weil er der Natur des Menschen entspreche, seine Anlagen und sein Vermögen

über alle Maße hinaus steigern. In Bamberg, einem kleinen, aber fürwahr hippen Provinzstädtchen 60 Kilometer nördlich von Nürnberg, scheute man derart harte Töne. Statt vom globalen Kapitalismus, der neuen Flexibilität und Mobilität von Mensch und Kapital zu sprechen, gebar man dort den Begriff der „Wirtschaftsgesellschaft“.

Uninteressant ist diese Neuprägung nicht. Vor allem für den dekonstruktiv geschulten Leser, der hinter Semantisierungen und Rhetoriken gern Mythen, Ideologien oder den Willen zur Macht vermutet. Im Falle der Wirtschaftsgesellschaft ist es aber eher die Ambivalenz des Begriffs, die aufmerken läßt. Je nachdem, worauf der Akzent gelegt wird, auf „Wirtschaft“ oder „Gesellschaft“, löst der Begriff nämlich die unterschiedlichsten Wahrnehmungen und Vorstellungen aus, die mit Erwartungen oder Befürchtungen unterlegt sind und auf das Hauptwerk des Soziologen Max Weber und dessen wirtschaftsethische Schriften Anfang des Jahrhunderts verweisen.

Der Primat der Wirtschaft

Was das Schreckensszenario angeht, so ist es weidlich bekannt. Carl Schmitt, der böse Bube der deutschen Rechtsphilosophie, hatte es bereits Anfang der 30er Jahre an den Horizont gemalt. Schon damals, unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise, aber noch vor der Machtergreifung Hitlers, trieb den politischen Theologen die Sorge, die Wirtschaft könne das Primat über die Politik erobern, ihr die Entscheidungsbefugnis nehmen und der Politik künftig die Richtschnur des Handelns diktieren. Angesichts weltweiter Vernetzung und Beschleunigung der Waren-, Kapital- und Datenströme ist aus dieser Ahnung, die zugleich eine Mahnung und Warnung für alle politischen Entscheidungsträger enthielt, längst Wirklichkeit geworden. Die Wirtschaft hat durch die Emergenz globaler Netzwerke und die Liberalisierung der Welthandels auf den Waren- und Finanzmärkten Bedingungen geschaffen, die sich des dirigierenden oder regulierenden Ein- oder Zugriffs nationalstaatlicher Politik (Rechtsverordnungen, Abschöpfung und Besteuerung von Gewinnen, Anhebung sozialer und ökologischer Standards ...) entziehen. Die Öffnung der Märkte und die außerordentliche Bewegungsfreiheit des Kapitals zwingen die politischen Systeme zu einem weltweiten Wettbewerb um Effizienzen und Werte, die die einzelnen Staaten und Nationen mit aller Härte und ohne Rücksicht auf einstige Partner oder andere befreundete Nationen führen (Stichwort: Standortsicherung, Gewährung

von Steuervorteilen, Senkung der Steuer- und Abgabenlast für Unternehmen). Die Ankündigung mächtiger amerikanischer und britischer Investmentmanager, ein internationales Abkommen (MAI = Multilateral Agreement on Investment) zu erzwingen, das Schadenersatzansprüche gegen Staaten zuläßt, wenn zu erwartende Erträge von Investitionen durch rechtsstaatliche Gesetzgebung beeinträchtigt werden, wird diesen Trend mit Sicherheit noch verstärken. Ebenso aufschlußreich ist es in diesem Zusammenhang für die Europäer, vom ehemaligen Sicherheitsberater der Bush-Administration, Zbigniew Brzezinski, kürzlich in Wien zu hören, daß die amerikanischen Eliten Europa als ihr Protektorat betrachten. Der Hinterhof Amerikas beginnt also neuerdings bereits auf dem Balkan.

Politische Ratlosigkeit

Wie diese wirtschaftliche Dynamik, die zeitgleich durch den Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaften und die digitale Revolution ausgelöst wurde, politisch aufgefangen, eingedämmt oder ihr gar entgegengewirkt werden kann; wie die sozialen und ökologischen Kosten des weltweiten Kapitalismus vermieden, die Früchte seiner Produktivitätszuwächse aber trotzdem gesellschaftlich genutzt werden können, gehören seitdem zu den spannendsten Fragen, die von Politikern und Massenmedien, Ökonomen und Intellektuellen landauf, landab gestellt werden können.

Außer hehren Sprüchen, hohlen Phrasen und lautem Wortgeklingel haben diese Papiere und Konzepte nichts zu Tage befördert. Die gutgemeinte Rhetorik, soziale Gerechtigkeit mit der Verschlankung sozialer Sicherungssysteme in Einklang zu bringen, ist bislang ebenso Ankündigung geblieben wie die Beteuerung, den Sozialstaat trotz schwindender Steuereinnahmen bewahren zu wollen. Von politischer Entscheidungs- oder gar Lösungskompetenz in dieser, für die soziale Demokratie überlebenswichtigen Frage ist jedenfalls weit und breit nichts zu erkennen – weder im Regierungslager noch auf Seiten der Opposition. Daran haben auch die „Erneuerer der sozialen Demokratie“ (A. Giddens), die Trommler für „dritte Wege“ oder die „Neue Mitte“ wenig geändert.

Wirtschafts“gesellschaft“ weiß um diese Ratlosigkeit im neuen Deutschland, sie versucht, eine Antwort auf diese Lähmung der Politik zu formulieren. Wer ihren Beschreibungen und Rezepten folgt, hat das Vertrauen in die Kunst des Regierens weitgehend verloren. Die Heilung des Übels erwarten ihre Anhänger

überraschenderweise von denen, die diese Krankheit oder ihr Geschwür erst ausgelöst haben: von Unternehmen, Kaufleuten und Gewerbetreibenden.

Immanente Lösungen entwickeln

Der Gedanke und die Absicht, sich ins Marktgeschehen einmischen, dem räuberischen Kapitalismus ein menschliches Antlitz verpassen zu wollen, sind nicht neu. Zuletzt bewegten sie die Köpfe der Menschen, als der erste Bericht des Club of Rome die Öffentlichkeit erreichte, dort große Aufmerksamkeit erregte und der „Wirtschafts“gesellschaft die ökologischen Folgen ihres Tuns vorrechnete. Seitdem denkt man über „Nachhaltigkeit“ nach. Damit sind jene unwillkommenen Folgelasten gemeint, die Marktfixierung, Wettbewerb und ungebremstes Wirtschaftswachstum, Finanzspekulation, Profitorientierung und Gewinnmaximierung in der Umwelt des Wirtschaftssystems anrichten, in Natur und Gesellschaft. Während die Politik auf diese Meldungen damals zunächst mit Verwunderung, später mit Achselzucken reagierte, antwortete die Gesellschaft mit ökologischen Bewegungen und der Gründung grüner Parteien oder buntalternativer Listen. Meist orientierten sich diese aus Ermangelung wirksamer Eigenmodelle an linken Konzepten und visionären Gesellschaftsentwürfen. Solange der Sozialismus noch als eine ernstzunehmende und realistische Alternative zur privaten Aneignung und Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums galt, stand diese Programmatik auch nicht zur Disposition. Je nach Klassenlage, politischer Herkunft oder Gesinnung befürworteten sie die Vergemeinschaftung der wirtschaftlichen Produktion oder zielten – zumindest oder wenigstens – auf Gewinnabschöpfung und soziale Umverteilung des privat erwirtschafteten Reichtums durch den Staat.

Mit dem Ausfall des sozialistischen Planmodells, dem Zerfall der Einheit von Staats- Wirtschafts- und Sozialraum durch wirtschaftliche Globalisierung sind diese Eingreifmöglichkeiten geschwunden. Der Außendruck, der Feind im Sinne Carl Schmitts, den das kommunistische Modell einst für das profitorientierte Wirtschaftssystem darstellte, ist weggefallen. Die Weltgesellschaft sieht sich seitdem der Schwierigkeit ausgesetzt, Alternativen zu ihrer Form des Wirtschaftens von innen heraus zu entwickeln. Das heißt, diese Gesellschaft ist gezwungen, Möglichkeiten der Selbstbegrenzung und Selbstbescheidung zu entwickeln, die die negativen und mitunter desaströsen Folgen ausschließen, die der entfesselte Kapitalismus in Gesellschaft und Umwelt hervorruft,

(Arbeitslosigkeit, Migration, Korruption, Bevölkerungswachstum, Naturzerstörung, organisierte Kriminalität, Rassismus, Nationalismus, Terrorismus...); das aber auf eine Weise, daß Anreize zur Gewinnmaximierung und individuellen Verwendung privat erwirtschafteten Gewinns gewahrt und geschaffen, Privatinitiative, Innovationsbereitschaft und Kreativität des freien Unternehmers gefördert werden. Denn eines ist allen klar: Nur die Wirtschaft und die Unternehmen, nicht der Staat, können die benötigten Arbeitsplätze schaffen, die die finanziellen Mittel liefern, die für die Subventionierung neuer Märkte, zur sozialen Distribution oder Begleichung der Staatsschulden dringend gebraucht werden.

Mehr Bescheidenheit

Auch diese Töne sind bekannt. Schon in der Antike entdeckten die Philosophen die Politik des Haushaltens (Oikos). Meist mußte sie von der Frau des Hauses in die Tat umgesetzt werden. Im Mittelalter oder bei nordamerikanischen Indianern war das Maßhalten von Waren und Energien häufig Anlaß und Mittel für explosive Verschwendungsorgien. Und seit Max Weber wissen wir, daß kapitalistisches Wirtschaften mit Heilserwartungen und Zukunftsversprechen operierte, die an individuelle Verzichts-, Entsagungs- und Versagungsleistungen in der Gegenwart geknüpft waren. Ohne diese puritanische Einstellung und asketische Lebensführung, ohne die Verpflichtung des Einzelnen auf Selbstbesch(n)eidung und Zügellung des Begehrens zugunsten jenseitiger Gratifikationen hätte diese kapitale Erfolgsstory, der Reichtum der Nationen, gar nicht erst geschrieben werden können.

Doch auch die jüngere Geschichte des Kapitalismus ist durchdrungen mit Appellen, die zur Mäßigung rufen, oder mit der Forderung aufwarten, Opfer zu bringen und den Gürtel enger zu schnallen. Neu daran ist jedoch, daß, wenn es ans Sparen und Haushalten ging, stets der andere gemeint war – nur nicht man selbst. Maß halten sollte gefälligst der Nachbar, der Kollege, der Mitbürger. Er hatte seine überzogenen Ansprüche an den Staat, die Unternehmen oder den Dienstherrn zurückzuschrauben. Als prominentester Maßhalter der Republik galt Ludwig Erhard, Wirtschaftsminister unter Adenauer, Kurzkanzler der Bundesrepublik Deutschland und Vater der Sozialen Marktwirtschaft. An ihn und seine Idee einer „formierten Gesellschaft“ fühlt man sich gelegentlich erinnert, wenn Politiker fordern, das Volk möge Vernunft zeigen und erhöhtes

Anspruchsdenken zurückschrauben, es solle sich mit Nullrunden oder Inflationsausgleich bei künftigen Tarifrunden begnügen, mehr Eigeninitiative und Selbstverantwortung bei der privaten Vorsorge entwickeln oder finanzielle Abstriche bei staatlichen (Sozial)Leistungen hinnehmen. Reagierte seinerzeit die veröffentlichte Meinung noch mit viel Häme, Spott und Hohn auf die Reden des Wirtschaftspolitikers – sie portraitierte oder karikierte den Maß halten predigenden Erhard kurzerhand mit einem Maßkrug – , so hat sich diese Szenerie insoweit verändert, als Parodien oder Witze zur neuen Bescheidenheit ausfallen. Wer heute neue Maßstäbe einfordert, die Rückkehr zu mehr Maß, zu mehr Selbstverantwortung und Verpflichtung des einzelnen predigt oder gar den pfleglichen Umgang mit der Schöpfung oder den Ressourcen der Natur anmahnt, kann sich des Beifalls weiter Teile der Öffentlichkeit gewiß sein. Mahner, Warner und andere öffentliche Bedenkenträger werden von Massenmedien gern befragt oder hofiert. Sie haben die postmodernen Ironiker und Zyniker abgelöst, die noch zu Beginn dieses Jahrzehntes den öffentlichen Diskurs dominierten. An den Metamorphosen des Philosophen Richard Rorty läßt sich das gut illustrieren.

Moralin impfen

Wirtschaftsgesellschaft meint zwar „Opfergesellschaft“, beschränkt sich aber keinesfalls darauf. Sie gedenkt nicht, sich mit der Rolle des Zuschauers zu begnügen, die Kluft zwischen ökonomischen Imperativen und solidarischen Leistungen zu beobachten oder öffentlich zu beklagen. Wirtschafts“gesellschaft“ intendiert mehr. Sie will die erprobten Mittel und Verfahren der Zivilgesellschaft nutzen, aktiv in wirtschaftliche Handlungen eingreifen, Einfluß auf unternehmerische Entscheidungen nehmen. Und zwar in der Weise, daß Unternehmen, Handeltreibende oder Dienstleister gezwungen werden, ihre Handlungen an höheren moralisch-ethischen Standards auszurichten, an sozialen Werten etwa, die sich auch mit ökologischen Grundsätzen decken. Dabei profitiert die Wirtschafts“gesellschaft“ von einem Trend, der sich seit einiger Zeit in der Politik zeigt und sich durchsetzt. Ethik und Moral stopfen das Loch, das Politik nicht schließen kann. Daraus gewinnt man das Impfmateriale, mit dem, so die Gesinnungstäter, die freigesetzten Kräfte des Marktes gefesselt, die nicht-intendierten Folgen bekämpft oder zumindest abgemildert werden sollen. Das können Parameter sein, die dem Kodex der Menschenrechte entspringen, beispielsweise das Verbot oder die Ächtung, mit Kinder- oder Zwangsarbeit

Gewinne zu erzielen. Das können auch soziale Verkehrsformen sein, die aus der Forderung nach gegenseitiger Achtung und Wertschätzung am Arbeitsplatz abgeleitet werden. Und das können auch bereits erfolgreich praktizierte Formen der Rechtssprechung sein, wie sie das amerikanische Zivilrecht offeriert. Wer bekanntlich in Amerika Produkte herstellt und verbreitet, die Gruppen oder Individuen schädigen, muß damit rechnen, daß er von den Opfern, Organisationen oder gar Bundesstaaten mit Schadenersatzforderungen in Millionenhöhe bedacht wird. Die Tabakindustrie mußte das erst kürzlich schmerzlich erfahren, als amerikanische Gerichte sie, trotz ausdrücklicher Warnungen, die sie seit Jahren auf ihren Produkten anbringt, und trotz rechtlicher Billigung des Verkaufs nikotinhaltiger Produkte durch den amerikanischen Staat, zur Zahlung etlicher Milliarden Dollar verdonnerte. Und auch ein Autokonzern, der wider besseren Wissens Verbesserungen an einer Tankkonstruktion unterließ, mußte, obwohl er für einen Autounfall nicht ursächlich verantwortlich war, für diese Nachlässigkeit Milliarden an Dollars an die Unfallopfer zahlen. Obgleich derartige Erfolge viele amerikanische Unternehmen diszipliniert und zum Umdenken bewegt haben – mit der Folge, daß sich der Sicherheitsstandard bei vielen Produkten erhöht hat, wird der Rechtsgedanke in solchen Fällen ad absurdum geführt, wenn Opfer vor Gerichten zugleich als Kläger und Ankläger auftreten dürfen.

Diejenigen aber, die das amerikanische Zivilrecht für vorbildhaft erachten, verwickeln sich in einen Widerspruch, wenn sie mit ihrer Parteinahme für diese Rechtspraxis einer weiteren Amerikanisierung das Wort reden, andernorts aber für die Achtung regionaler und kultureller Vielfalt streiten und vor einer unkritischen Übernahme des American Way of Life warnen. Jihad und Coca-Cola gehen kaum zusammen; Jihad im Namen von Coca-Cola zu führen, das funktioniert schon.

Im Namen höheren Rechts

Übereinstimmung herrscht dagegen, daß Unternehmen, die soziale Verkehrsregeln mißachten, ethische Mindeststandards nicht einhalten oder Güter produzieren, die auf Natur oder die Gesellschaft schädigende Wirkung zeitigen, von Kunden oder Konsumenten boykottiert oder geächtet oder von Menschenrechtsorganisationen, Verbraucherschutzverbänden und anderen sozialen Initiativen öffentlich an den Pranger gestellt werden. Im Falle transnationaler Unternehmen fällt das mitunter schwer. Sie können aufgrund mobilen und fungiblen Kapitals rasch auf Plätze und Orte ausweichen, die sich investitionsfreundlicher zeigen und eine für sie

vorteilhaftere Rechtsprechung aufweisen. Hier bleibt nichts anderes übrig als auf die Präsenz und Interventionskraft nicht-regierungs-amtlicher Organisationen zu hoffen. NGOs oder PGOs verfügen nämlich in der Regel sowohl über die technischen Möglichkeiten zur Datenechtzeitkommunikation, als auch über das Know How, wie Öffentlichkeiten zu alarmieren oder zu mobilisieren sind. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß mit waghalsigen Aktionen und spektakulären Bildern breite massenmediale Aufmerksamkeit erreicht werden kann. Es hat sich zudem gezeigt, daß potentielle Kunden und Konsumenten mit Zahlen, Statistiken und Kurven, die Auskunft geben über Grenzwerte von Schadstoffen, verseuchte Lebensmittel oder genmanipulierte Produkte rasch zu verunsichern sind. Herausgestellt hat sich aber auch, daß der Wahrheitsgehalt solcher Daten von den Betroffenen kaum überprüft werden kann. Alles hängt am Vertrauen, das die Bürger in die Glaubwürdigkeit und Rechtmäßigkeit solcher Aktionen legen. Zweifellos haben wir es hier mit einer Erhebung der Moral über das Recht zu tun. Verbraucherverbände und andere Schutzgemeinschaften spreizen ihre legitimen, aber partikularistischen Interessen zu allgemeinverbindlichen Werteordnungen auf, um die internationale Gemeinschaft zu Gesetzgebung, Verboten oder Strafen gegen Unternehmen zu zwingen. Dem Wertefundamentalismus wird damit aber Tür und Tor geöffnet.

Absicherung sozialer Werte

Damit diese neue Einstellung zu Wirtschaft, Kultur und Natur gesellschaftlich greifen, soziale Werte über individuellen Egoismus, Nutzenkalkül und Profitmaximierung obsiegen und die globale Wirtschaftsgesellschaft sich in eine Wertegemeinschaft wandeln kann, reicht der Druck, den zivilgesellschaftliche Akteure erzeugen, keinesfalls aus. Dazu braucht es einen grundlegenden Mentalitätenwechsel, der – gegebenenfalls – militärisch herbeigeführt und abgesichert werden muß. Für die nötige Begründung sorgt die philosophische Anthropologie. Sie bescheinigt wieder mal gern, daß der Mensch, verräterischerweise im Kollektivsingular, mehr ist als bloßer homo oeconomicus. Egoismus, wirtschaftlicher Opportunismus oder Vorteilsannahmen sind reduktionistische Beschreibungen. Rücksichtnahme und soziale Anteilnahme, Selbstreflexion und die Begierde nach sozialer Anerkennung machen ihn erst zum Menschen. Diese sozialen Haltungen und Neigungen müssen weiter entwickelt, gefördert und gestärkt werden. Würde man den Menschen auf seine Rolle als

Wirtschaftsakteur reduzieren, hätte die globale Gesellschaft, so die anthropologische Auskunft, keine Zukunft.

Das andere Argument liefert die Pax americana. Wirtschaftsgesellschaft bedarf des ewigen Friedens. Der kann nach ihrer Lesart wiederum nur von einem Weltpolizisten garantiert werden, der über das Recht und die Mittel verfügt, diesem Gebot der Weltwirtschaft notfalls mit Gewalt Geltung zu verschaffen. So gesehen könnte ein Beobachter, wenn er den Versprechen der westlichen Führer, eine universelle Wertegemeinschaft zu bilden, auf die Idee kommen, die Bombardierungen Serbiens und Kosovos durch die Nato als ersten Krieg deuten, der im Auftrag der Wirtschaftsgesellschaft geführt wurde.

Der Wirtschaftsführer der Zukunft

Zahlreiche Unternehmen tragen der wachsenden Moralisierung der Wirtschaft bereits Rechnung. So beschäftigen sie inzwischen einen ethical officer, der beispielsweise darüber wacht, daß sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz unterbleiben, soziale Umgangsformen gepflegt, Quotenregelungen beachtet und umweltverträgliche Stoffe bei der Produktion verwendet werden und das Unternehmen über ein korrektes Image in der Öffentlichkeit verfügt. Auf der anderen Seite versuchen kundige Unternehmensberater schon länger ihre Kunden in die Kunst einzuweisen, wie soziale Werte zur Steuerung des Unternehmens, zur Beschleunigung des Ertrags und zur Steigerung der Effizienz eingesetzt werden können.

Werte an sich schaffen keine soziale Ordnung. Es muß jemand da sein, der sie verkörpert und lebt. Wirtschafts“gesellschaft“ setzt deshalb auf einen qualitativ neuen Unternehmertyp. Der Wirtschaftsführer der Zukunft trägt ein hohes Maß an Sozialkompetenz und moralischer Verantwortung, und zwar sowohl gegenüber dem Unternehmen wie auch gegenüber dem Gemeinwohl: Er fühlt sich dem Umweltgedanken verpflichtet; er koppelt seine Entscheidungen an die Lebenswelt der Bürger; er denkt planetarisch und vernetzt; er nimmt, wenn er in anderen Ländern und Kontinenten unternehmerisch tätig wird, Rücksicht auf lokale und regionale Besonderheiten oder achtet auf die kulturelle Andersartigkeit der dortigen Bewohner. Im übrigen ist er seinen Mitarbeitern ein leuchtendes Vorbild, was Engagement und Einsatzwillen, Selbstdisziplin und Wissen angeht. Der künftige Unternehmensführer betritt morgens als erster die Firma und verläßt sie abends als letzter. Profilieren sich traditionelle Manager gern bei ihren Aktionären

durch die Anwendung des hire and fire Prinzips, entläßt der sozial verantwortlich handelnde Chef erst, nachdem er die Bedenken der Mitarbeiter gehört, ihre Interessen berücksichtigt und die Regeln des moralischen Anstandes beachtet hat. Niemand, der für das Hineinkopieren sozialer Werte in Wirtschaft und Unternehmen plädiert, ist so blauäugig zu glauben, daß Wirtschaftskapitäne ihrem Tun von sich aus eine solche moralische Orientierung geben. Wo diese Verpflichtung oder freiwillige Selbstkontrolle nicht gelingt, das Amalgam aus Moral, Wirtschaft und Recht fehl geht, weil der Manager doch den Gesetzen des Marktes, dem Nutzenkalkül und dem Zwang zur Gewinnmaximierung folgt, ist Erziehung nötig. Auch der künftige Unternehmer muß erzogen werden, damit er vollzieht, was ein altes Sprichwort verlangt: „Es gibt nichts Gutes, es sei denn, man tut es.“

Ethik von unten

Wenn Nationen im Wettrennen um die Ansiedelung von Unternehmen ständig deregulieren, soziale und moralische Standards abbauen in der Hoffnung, damit den Wohlstand ihrer Bevölkerung bewahren und mehren zu können, kann die Lösung der künftigen Wirtschafts“gesellschaft“ nicht in allgemein verbindlichen Normen und Regelungen bestehen. Unter dem Supremat einer global vernetzten Welt kann eine Top-Down-Ideologie nicht funktionieren. Es gibt keine allgemeinen Kriterien, die für alle Kulturen und Nationen gültig sind. Weswegen ethische Normen und Prinzipien nicht von oben verordnet werden können. Sie müssen vielmehr von unten (bottom-up) entstehen und entwickelt werden. Das bedeutet, daß sie von den Mitarbeitern akzeptiert, auf allen Führungsebenen gelebt und im Zweifel auch von Fall zu Fall, in konkreten, situationsbezogenen Problemen ausgehandelt werden. Vorstände haben sich vorrangig um die Klärung dieser Fragen zu kümmern; auch darum, was die eigentliche Aufgabe ihres Unternehmens ist. Dazu müssen Mitarbeiter gehört, Interessen und Ansprüche berücksichtigt und sie in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Der Staat hat ausgespielt.

Bemerkenswert ist, daß die Forderung, Unternehmen hätten sich an sozialen Werten zu orientieren, in der Provinz erhoben wird, wohingegen transnationale Unternehmungen, die weltweit agieren, ihren Hauptsitz in den Weltkapitalen haben, ausschließlich über Fusionen und Synergieeffekte, Kapitalerträge und Effizienzsteigerungen debattieren. Forderungen an den Unternehmer, seinen

sozialethischen Verpflichtungen nachzukommen, sich um das Gemeinwohl zu sorgen oder sich um umweltverträgliche Lösungen zu bemühen, scheinen bis auf weiteres Probleme zu sein, die auf lokale und regionale Ebene behandelt werden.

Bemerkenswert ist weiter, daß die Wirtschafts“gesellschaft“ die Bewältigung der Krisen und Probleme, die der räuberische Kapitalismus weltweit schafft, von Individuen oder Organisationen erwartet – nicht mehr aber vom Staat und seinen Institutionen. Der Staat, eine Erfindung der Moderne, hat ausgespielt. Darin sind sich die Anhänger der Wirtschaftsgesellschaft mit anderen soziologischen oder philosophischen Beobachtern einig. Er ist eine Adresse oder eine Firma unter und neben vielen anderen. Von der Politik wird allenfalls noch die Rolle des Moderators erwartet, die Aufgabe, Standortnachteile, die Unternehmen plagen, zu beseitigen und dadurch für gleiche Startbedingungen zu sorgen.

Bemerkenswert ist schließlich, daß Ethik und Moral, inzwischen prosperierende Genres, sich zunehmend in der Wirtschaft breit machen – so als ob mehr Ethik und Moral nicht ihrerseits höchst risikobehaftet wären. Was die Politik schon seit einiger Zeit erlebt, die Ein- und Umnebelung der Macht mit den Forderungen nach politischem Anstand und moralischen Korrektheiten – dieses Virus infiziert nun auch die Wirtschaft.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um nach den immensen Erfolgen, den der Input von Korrektheiten in politischer, sexueller und moralischer Absicht in die westliche Gesellschaft zeigen, auch dem Begriff der „ökonomischen Korrektheit“ eine große Karriere vorauszusagen. Dafür sorgen schon Ratlosigkeit und Ohnmacht der Politik. Ob er dem Kapitalismus etwas am Zeug flicken kann, muß bezweifelt werden. Wer den globalen Kapitalismus hautnah erlebt oder beobachtet, seine Fähigkeit, sich veränderten Bedingungen auf den Weltmärkten blitzschnell anzupassen, wird eher von Gesten der Beschwörung reden. Weshalb man die Wirtschaftsgesellschaft auch als Beschwörungsgesellschaft bezeichnen könnte.